

Bürgerliche zerzausen Asylpläne des Bundesrats

Der Status der vorläufigen Aufnahme soll neu geregelt werden. Geplant ist auch rascherer Familiennachzug.

Michael Soukup und Salome Müller

Der Bundesrat will die Situation jener Migranten verbessern, die einen negativen Asylentscheid erhalten haben, aber nicht weggewiesen werden können. Das betrifft rund 35 000 Personen in der Schweiz, die vorläufig aufgenommen sind. Die meisten stammen aus Eritrea, Syrien und Afghanistan und bleiben nicht nur kurzfristig hier, sondern dauerhaft. In seinem Bericht, der gestern veröffentlicht wurde, stellt der Bundesrat Mängel bei der vorläufigen Aufnahme fest. Er schlägt vor, den neuen

Flüchtlinge

Kommentar: Nicht alle mögen arbeitswillig sein, aber viele sind es. – Seite 2

Der Bundesrat verspricht sich von dem Schutzstatus mehr Stabilität. – Seite 3

Status der Schutzgewährung einzuführen. Dieser soll es den Migranten ermöglichen, sich besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren und seltener von der Sozialhilfe abhängig zu werden.

Der bundesrätliche Bericht kommt bei den Bürgerlichen jedoch schlecht an. Am härtesten kritisiert die Vorschläge FDP-Ständerat Philipp Müller: «Ich empfinde dies als Provokation. Es kann doch nicht im Ernst sein, dass man allen vorläufig Aufgenommenen eine ordentliche Aufenthaltsbewilligung gibt.» Auch die angebliche bessere Integration in den Arbeitsmarkt dank einem neuen

Status ergibt für Müller keinen Sinn: «Wo sollen wir all die Jobs hernehmen?» Ins gleiche Horn stösst SVP-Nationalrat Heinz Brand: «Das ist ein bescheidener und enttäuschender Output.» Sämtliche Vorschläge seien enttäuschend, nicht neu und nicht zielführend. Der Tessiner CVP-Nationalrat Marco Romano hoffte vergeblich auf «eine separate Kategorie für die eritreischen Wirtschaftsflüchtlinge». Durch die klare Identifikation versprach er sich eine höhere Rückweisungsquote.

Im Namen der Kantone begrüusste Peter Gomm, Solothurner SP-Regierungsrat und Präsident der Sozialdirektorenkonferenz, den Bericht, weil die Statusänderung die rasche Integration dieser Personen in die Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt erleichtere und fördere. Doch der Luzerner Sozialdirektor Guido Graf (CVP) spricht sich dagegen aus, den Familiennachzug bereits nach zwei Jahren statt wie bisher frühestens nach drei Jahren zu gewähren. Er fürchtet zudem, dass der Bund die Sozialhilfekosten für vorläufig Aufgenommene kürzen könnte.

Grundsätzliche Zustimmung gab es von der SP und der Schweizerischen Flüchtlingshilfe. Beide fordern den Ersatz der vorläufigen Aufnahme durch die Erteilung einer regulären Aufenthaltsbewilligung. «Der Vorschlag des Bundesrates, einen neuen Status (A-Ausweis) einzuführen, geht in die richtige Richtung, aber deutlich zu wenig weit», sagt SP-Nationalrat Cédric Wermuth.